

Michael Walther
BIBS Fraktionsgeschäftsführer
im Rat der Stadt Braunschweig
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

0531/ 470-2180
michael.walther@bibs-fraktion.de

Braunschweig, 21. August 2007

Pressemeldung

Parteien brauchen nicht mehr Geld sondern Bürgernähe

Wenn die Bürger entscheiden, sich nicht als Mitglieder in Parteien zu engagieren, müsse dies zumindest zum Teil durch öffentliche Mittel ausgeglichen werden, hat die künftige SPD-Schatzmeisterin Barbara Hendricks gesagt.

Mal abgesehen davon, dass dieser Angriff auf die Steuerkasse verfassungswidrig ist, weil die übermäßige Erhöhung dem wegweisenden Urteil zur Parteienfinanzierung des Bundesverfassungsgerichts von 1992 widerspricht, belegt dieser dreiste Vorschlag der SPD die Bürgerferne und den Vertrauensverlust unserer etablierten Parteien. Parteien sollen laut Gesetz für erfolgreiche Mitgliederwerbung und Wahlergebnisse belohnt werden - sich nicht aber für den eigenen Mitgliederschwund vom Steuerzahler entschädigen lassen und sich damit für ihr Versagen in der Mitgliederwerbung und bei der Mobilisierung von Wählern belohnen lassen. Wo gibt es denn für unzureichende Leistungen steigende Zuwendungen?

Im Grunde wird durch diesen SPD-Vorschlag ein Parteienproblem deutlich. Die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich durch Parteien faktisch nicht mehr vertreten, was auch in der Wahlbeteiligung zum Ausdruck kommt. Dabei sind die Bürgerinnen und Bürger politisch hoch interessiert. Das belegen immer mehr unabhängige Initiativen, eine zunehmende Bürgerbegehren sowie deutlich mehr Bürgeranfragen und -anträge. Die Menschen sind „partei-müde“ und nicht „politik-müde“!

In Braunschweig wird das besonders deutlich. Viele Bürgerinnen und Bürger müssen die Politik selber in die Hand nehmen, weil die Mitglieder der Ratsfraktionen nicht die Bürger, sondern nur noch sich selber eitel vertreten und in der Kontrolle der Verwaltung versagen.

Die „Bürgerinitiative Braunschweig“ (BIBS) ist ein gelebtes Beispiel: Würden die Parteien ihre Aufgaben, nämlich der Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger, der Kontrolle der Verwaltung und die Kommunikation politischer Vorgänge erfüllen, bedürfte es der BIBS auf der politischen Bühne nicht. Und dabei finanziert sich BIBS ausschließlich aus Spenden und ist wegweisend in ihrer kommunalpolitischen Bildungsarbeit.

Weitere Informationen zum Thema auf unserer Website www.bibs-fraktion.de